Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Zu Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 3gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr: 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen

Nr. 29. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Mittwoch, den 4. Februar 1925

Vor einem Garantiepakt?

Trotz Versailler Vertrag und Ruhreinbruch hat man in Deutschland nie aufgehört, das Verlangen Frankreichs nach einer besonderen Sicherung zwar nicht zu billigen, aber mit dem Bestehen dieses Wunsches als einer politischen Tatsache zu rechnen. Es kommt ja in der Politik nicht darauf an, ob etwas vernünftig oder unvernünftig ist, sondern nur, ob es eine reale Größe darstellt, eine Tatsache ist, die in der politischen Berechnung auf der Soll- oder der Habenseite steht. Deswegen hat auch der Reichskanzler Dr. Cuno im Dezember 1922 sein bekanntes Angebot an Frankreich gerichtet, das eine militärische Neutralisierung des Rheinlandes unter Garantie einer Reihe von Mächten, die Nachbarn Deutschlands sind, vorgeschlagen hat. Das hat den Ruhreinbruch nicht verhindern können, ist eigentlich völlig unter den Tisch gefallen und durch die Absichten Frankreichs ersetzt worden, die Neutralisierung des Rheinlandes durch eine andere Form herbeizuführen, nämlich durch die Unterstellung unter den Völkerbund, wobei Frankreich selbst die maßgebendste Rolle spielen wird. Nun hat der jetzige Reichskanzler Dr. Luther in seiner Rede vor der ausländischen Presse ganz unmißverständlich darauf hingewiesen, daß nicht nur Frankreich, sondern vor allem wir selbst an einer Lösung des Sicherungsproblems allergrößtes Interesse haben. Daß also das deutsch-französische Verhältnis so nicht bleiben darf, wie es zurzeit ist. Wenn nun einmal Frankreich das Sicherungsproblem lokal gelöst wissen will, also durch eine Neutralisierung des Rheinlandes, so sind wir ohne weiteres darüber klar, daß dies einen schweren Eingriff in die deutsche Souveränität bedeuten würde. Ebenso klar sind wir uns darüber auch, daß Frankreich nicht das geringste Recht und alles andere als Veranlassung hat, von Deutschland einen Angriff zu befürchten. Aber leider ist das französische Streben nun einmal da und wie die machtpolitischen Verhältnisse nun einmal liegen, können wir durch Proteste dieses Verlangen nicht aus der Welt schaffen. Wir zerreiben uns aneinander.

Die Anregung Luthers hat übrigens in Paris ein bezeichnendes Echo gefunden. Im „Matin" antwortet nämlich der Senator de Jouvenel dem deutschen Reichskanzler eigentlich nur zustimmend. Ausschlaggebend sei nicht, ob Dr. Luther „reaktionär" sei oder nicht, sondern der Reichskanzler sei, also Vertreter des deutschen Volkes. Wenn die Kölner Zone, wenn dann auch das ganze Rheinland von der französischen Besatzung geräumt sei, dann stehen die Völker wieder einander gegenüber wie vor tausend Jahren. Man soll aber nicht so lange warten, um zu verhandeln. Der passive Widerstand gegen eine Verhandlung, gegen eine Bereinigung des Verhältnisses zwischen beiden Ländern, habe sich in Deutschland wie in Frankreich als überaus unvorteilhaft herausgestellt. Jouvenel skizziert die Gesichtspunkte, von denen Frankreich dabei ausgehe: es ist einmal eine Garantiezone am Rhein, weiter die Organisation der französischen Sicherheit an allen seinen europäischen Grenzen, was mehr ist als die Schaffung jener Garantiezone, denn die Sicherung Frankreichs schließe auch die Sicherung Polens und der Tschechoslowakei in sich. Und endlich: eine derartige deutsch-französische Alliance dürfe keine Spitze gegen England haben. „Der Friede wird durch Verständigung zwischen Frankreich, England und Deutschland erzielt oder er wird nicht erzielt."

Gleichzeitig hat der Staatssekretär des englischen Auswärtigen Amts, Chamberlain, in Birmingham eine Rede gehalten, die ebenfalls das französische Sicherheitsproblem behandelt und auch auf die Rede Luthers eingeht. Eigentlich wird er noch deutlicher als Jouvenel, weil er ausdrücklich erklärt, „Frankreich habe Sicherheit nötig, und bis es eine solche Sicherheit erhalten habe, würde England seine Befürchtungen nicht unterdrücken". Das ist schon die deutliche Ankündigung irgendeines Schrittes in dieser Hinsicht, der zweifellos in nächster Zeit erfolgen wird. Chamberlain unterstreicht noch einmal den letzten Satz der Ententenote an die deutsche Regierung, wonach die Alliierten entschlossen seien, die mit dem Versailler Vertrag übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft zu erfüllen. Hier liegt der Kern des Konflikts. Deutschland kann und wird den Versailler Vertrag niemals als die Lösung, und zwar die endgültige Lösung der politischen Lage auf dem Kontinent, ansehen, während auf der anderen Seite das französische Interesse unbedingt daran festhält, daß die durch jenen Vertrag geschaffenen politischen Verhältnisse so bestehen bleiben, wie sie jetzt sind. Der Ausbau dieses Systems durch einen Sicherheitspakt ist ja bereits in Versailles angestrebt worden, ist aber nicht in Erfüllung gegangen. Doumergue, der französische Präsident, beklagte das in einer Rede, die er auf einem Bankett der republikanischen Journalisten gehalten hat. In letzter Zeit sei freilich in der Haltung der andern Alliierten eine Schwenkung zu konstatieren. Bekanntlich ist der Plan Clémenceaus, 1919 zwischen England, Frankreich, Belgien und Amerika einen Garantiepakt zu schaffen, am Widerstande Englands gescheitert. Es ist bezeichnend, daß der Präsident sagen darf, daß „die Freunde Frankreichs nunmehr seine dringendsten Bedürfnisse nach Sicherheit begreifen und es ist für sie klar, daß eine sofortige Befriedigung dieser Notwendigkeit in der Welt wieder das Vertrauen aufkommen läßt, ohne das ein politisches Gleichgewicht nicht gefunden werden kann".

Es ist also ohne weiteres damit zu rechnen, daß irgendeine Aktion unmittelbar bevorsteht. Wie diese beschaffen sein wird, davon kann man sich aber angesichts der letzten Rede Herriots unschwer ein Bild machen, eine Rede übrigens, die bei den französischen Sozialisten auf heftigen Tadel gestoßen ist. Die Ausführungen Dr. Luthers ließen erkennen, daß auch die deutsche Regierung mit einer solchen Aktion rechnet. Vielleicht wäre es ihr möglich, darin die Initiative zu ergreifen, den Stein ins Rollen zu bringen, ehe er einen ihr unerwünschten Weg nimmt.

Der Sicherungspakt der Westmächte.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes"

Berlin, 3. Februar. Berliner Berichterstatter amerikanischer Blätter haben gestern abend nach Amerika die Nachricht gekabelt, sie seien in Berlin halbamtlich dahin informiert worden, Deutschland sei von England und Frankreich zu einer im Mai zu veranstaltenden Konferenz eingeladen worden, auf der ein Sicherungspakt der Westmächte abgeschlossen werden wird. Englische Regierungskreise sind zurzeit damit beschäftigt, die militärische Tragweite des Genfer Protokolls zu untersuchen und Abänderungsvorschläge vorzubereiten, die geeignet sein würden, die Zustimmung der Dominions zu irgendwelchen englischen Sicherungsvorschlägen zu gewährleisten. Während diese Verhandlungen zwischen London und den Dominions augenblicklich vonstatten gehen, hat man gleichzeitig mit Paris und Brüssel Fühlung genommen, um das Minimum der militärtechnischen Forderungen kennen zu lernen, die von französischer und belgischer Seite aufgestellt werden. Ob Deutschland zu einer Konferenz über einen westeuropäischen Sicherungspakt eingeladen werden soll, wird erst Ende März oder Anfang April in den englisch-französischen Verhandlungen akut werden.

Der englische Standpunkt zur Entwaffnungskonferenz.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

London, 3. Februar. Der englische Standpunkt zur Frage einer Entwaffnungskonferenz kann, wie der Vertreter der Telunion aus gut unterrichteter Quelle erfährt, etwa folgendermaßen umschrieben werden: Die Möglichkeit der Konferenz hängt von dem Gelingen des Genfer Protokolls ab, über das noch keine Entscheidung gefallen ist. Kommt es zu einer Einigung zwischen den beteiligten Mächten, dann wird eine Entwaffnungskonferenz offenbar überflüssig. Kommt es nicht dazu, dann fragt man sich, worin der besondere Vorteil einer von den Vereinigten Staaten einzuberufenden Konferenz liegen sollte. Der ganze Plan ist noch nicht durchgereift, obwohl einige Blätter für ihn Stimmung machen.

Die englische Politik hinter Chamberlain?

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

London, 3. Februar. Die scharfe Antwort Chamberlains auf die Rede Dr. Luthers steht in absolutem Widerspruch zu der Aufnahme der Rede des deutschen Kanzlers in Presse und Oeffentlichkeit. Die amtlichen Stellen wollen keine Aufklärung über die Gründe zu einer so brüsken Stellungnahme Chamberlains abgeben. Offenbar ist man auch dort überrascht. Die Rede ist nicht vorbereitet, sondern aus dem Stegreif gehalten worden. Da aber Chamberlain zu vorsichtig ist, sich von seinem Temperament hinreißen zu lassen, wie beispielsweise Lloyd Georges, kann die Rede als die Auffassung der englischen Politik bezeichnet werden.

Internationale Handelskonferenz in Rom

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Rom, 3. Februar. Wie die „Tribuna" meldet, wird die Internationale Handelskonferenz in Rom vom 16. bis 18. April stattfinden. An ihr werden etwa 300 Parlamentarier aus allen Ländern teilnehmen. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem folgende Punkte: Lebensmittelpreise, internationale Agrarkredite, internationale Anleihen für Währungsstabilisierung, internationale Eisenbahnabkommen, internationale Abkommen für die Assiationsregelung der Legislature über die Aktiengesellschaften.

Die ungelöste Preußenkrise.

v. Berlin, 2. Februar.

Die Zentrumskandidatur für den Posten des preußischen Ministerpräsidenten, von der gleich nach dem Rücktritt des Kabinetts die Rede gewesen war, rückt wieder in den Vordergrund. Denn die Bemühungen des wiedergewählten Herrn Braun bleiben allem Anschein nach ohne Erfolg. Die Ablehnung, die er sich bei der Wirtschaftspartei holte, soll nur die Vorgängerin einer ähnlichen Absage von der Deutschen Volkspartei sein, mit deren Vertretern, den Abgg. von Campe und Pinkerneil, Braun in den heutigen Abendstunden verhandelt. Man erwartet davon nichts, rechnet vielmehr nach ergebnislosem Abbruch der Verhandlungen auf sofortigen Verzicht Brauns, der ja das ihm übertragene Amt des Ministerpräsidenten noch nicht angenommen hat. Nach ihm würde, so heißt es, der Kandidat des Zentrums, der schon genannte rheinische Landeshauptmann Dr. Horion, die Bildung eines Kabinetts versuchen. Eine Mehrheitsgarantie könnte er jedoch auch nur erzielen, wenn es ihm gelänge, Zuzug von rechts, etwa von der Wirtschaftspartei oder der Volkspartei, heranzuziehen. Für den Fall, daß auch diese Kombination mißlingt, wird von einigen Leuten eine Minderheitsregierung allein aus Zentrum und Demokraten in Betracht gezogen, die sich ihr Bestehen durch Duldung von Rechts und Links sichern könnte. Eine Unwahrscheinlichkeit, aber in dieser Zeit fast unlösbarer Probleme und Verwirrungen kennen natürlich die Vorhersagen keine Grenze. Hinter dem Zerbrechen aller Pläne aber steht das Schreckgespenst der Landtagsauflösung.

Stresemann bei den Akademikern.

Halle a. S., 2. Februar.

Der zweite Tag der Akademischen Tagung der Deutschen Volkspartei, die hier stattfand, brachte eine Rede des Reichsaußenministers Dr. Stresemann über „Akademiker und Politik". Der Minister führte u. a. aus, daß die akademische Jugend heute unter besonders schweren Bedingungen in das Leben träte. Anders darum als früher müsse diese Jugend heute den öffentlichen Dingen gegenüberstehen. Die deutsche Studentenschaft rühme sich, ein Hort des nationalen Denkens zu sein. Aber das Festhalten an der Tradition führe nicht zur Erstarkung der Meinung, sondern nur die werktätige Mitarbeit an der Gegenwart. Die politische Betätigung der deutschen Akademiker müsse die Staatsbejahung zum Ausgang haben, nicht das Bekämpfen des Staates, weil seine äußere Form nicht gefalle. Man träume von Macht, wo nur die Realität unserer Machtlosigkeit vorhanden sei, man vergesse, daß die ideelle Kraft der Nation nur lebendig wirken kann, wenn die Herstellung einer Volkseinheit zu ermöglichen ist. Die Zusammenfassung studentischer Kreise der Deutschen Volkspartei dürfe nicht ein Einzwingen in politische Dogmen bedeuten. Das würde dem Begriff einer liberalen Partei widersprechen. Die Zukunft des deutschen Volkes werde bestimmt sein durch die Einstellung derjenigen Kreise zum Staat und zur Politik, welche dazu berufen seien, Träger dieser Zukunft zu werden.

Reichsregierung und Ruhrentschädigung.

Eine Denkschrift in Vorbereitung.

Die Auszahlung von 645 Millionen Goldmark Ruhrkampf- und Micumentschädigungen an die Großindustrie des Ruhrgebietes spitzt sich, wie es scheint, zu einem Konflikt zwischen Reichsregierung und Reichstag zu. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Mitglieder des Haushaltsausschusses des Reichstages hatten bekanntlich, da sie durch die von der Regierung verfügten Auszahlungen die Etatsrechte des Reichstages verletzt glauben, die Vorlegung einer amtlichen Denkschrift über die Entschädigungszahlungen verlangt. Der Reichskanzler Dr. Luther erklärt nun in einem an den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gerichteten Schreiben, daß in der vom Reichsfinanzministerium zugesagten Denkschrift die ganze Angelegenheit sehr eingehend behandelt werden würde, und daß er sich deshalb ein näheres Eingehen auf die Frage der Ruhrentschädigungen vorläufig versagen müsse.

Griechisch-türkischer Konflikt.

Die Ausweisung des Patriarchen.

Wegen der Ausweisung des griechischen Patriarchen aus Konstantinopel besteht zwischen Griechenland und der Türkei eine scharfe Spannung. Das griechische Ministerium hat an die türkische Regierung in Angora eine Protestnote gerichtet, in der die Ausweisung des Patriarchen als Verletzung des Lausanner Vertrages und als feindseliger Akt bezeichnet wird. Man droht mit

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF